



Washington News

Nr. 23 vom 13. Juni 2019

- **Diese Woche in Washington**
- **Mögliche Zölle auf mexikanische Importe bleiben weiter Thema**
- **USA wollen Wertschöpfungsketten kritischer Mineralien stärken**
- **Florida-Gesetz zur Einfuhr von Arzneimitteln**
- **US-Halbleiter- und Chipindustrie in schwierigem Fahrwasser**
- **Sanktionen gegen Irans petrochemische Industrie**
- **H1-B Premium Processing wieder aufgenommen**
- **Firmeninformationsreise zur Weltbank**

Diese Woche in Washington

Über 3.100 Teilnehmer aus 79 Ländern und 49 US-Bundesstaaten besuchten den diesjährigen *SelectUSA Investment Summit* in Washington, DC. Die Konferenz vermarktet die USA als Investitionsstandort und bringt ausländische Unternehmen mit US-amerikanischen regionalen Wirtschaftsförderungsgesellschaften in Verbindung. In seiner Rede forderte der Chef-Wirtschaftsberater des Weißen Hauses, Larry Kudlow, ausländische Unternehmen dazu auf, Produktionsanlagen in den USA aufzubauen. Kudlow zufolge könnten Unternehmen Zölle vermeiden, wenn sie in den USA produzierten. Kudlow führte den Anstieg der ausländischen Direktinvestitionen in den USA von 293 Milliarden US\$ (2017) auf 324 Milliarden US\$ (2018) auf die jüngsten Steuersenkungen und regulatorische Änderungen zurück. Kudlow lobte auch den Rückgang der US-Direktinvestitionen im Ausland, da die US-Unternehmen zuhause blieben.

Das *Bureau for Industry and Security* (BIS) im US-Handelsministerium hat [ein neues Verfahren](#) angekündigt, wie Unternehmen beantragen können, von den *Section 232*-Zöllen auf Stahl und Aluminium ausgenommen zu werden. Das neue System soll ab dem 13. Juni 2019 in Kraft treten. Weitere Details finden Sie [hier](#).

Präsident Trump hat eine [executive order](#) zur Modernisierung des US-Regulierungsprozesses für Agrarbiotechnologieprodukte unterzeichnet. Laut des Weißen Hauses stoßen US-Agrarbiotechnologieprodukte auf zahlreiche ungerechtfertigte Handelshemmnisse in ausländischen Märkten. Der US-Handelsbeauftragte (USTR) wird angewiesen, eine internationale Handelsstrategie zu entwickeln, um diese Handelshemmnisse zu beseitigen und somit den Zugang für US-Agrarbiotechnologieprodukte zu erleichtern. (ch)

Kurzmeldungen

Sanktionen gegen Irans petrochemische Industrie

Das US-Finanzministerium hat Irans größtes Petrochemiekonglomerat *Persian Gulf Petrochemical Industries Company* (PGPIC) und dessen ausländische Tochterunternehmen sowie Handelsvertreter wegen Verbindungen zu den *Khatam al-Anbiya Construction Headquarters* sanktioniert. Letztere sind der bauwirtschaftliche Arm der iranischen Revolutionsgarde.

Laut US-Finanzminister Steven Mnuchin würden diese Maßnahmen der iranischen Revolutionsgarde wichtige Einnahmequellen entziehen. PGPIC sei für 50% der gesamten

Mögliche Zölle auf mexikanische Importe bleiben weiter Thema

Nachdem US-Präsident Donald Trump Ende letzter Woche von der Einführung von 5-prozentigen Zöllen auf mexikanische Importe [abgesehen](#) hatte, warnte er diese Woche über Twitter, dass Zölle weiterhin möglich seien, sollte Mexiko die Zuwanderung in die USA nicht eindämmen. Der mexikanische Außenminister Marcelo Ebrard wiederholte am Dienstag, dass sein Land die am Freitag gefundene Einigung mit den USA umsetzen werde und man sich in 45 Tagen wieder treffen werde, um festzustellen, ob der Migrantenfluss in die USA reduziert wurde.

Die Demokraten im US-Kongress kritisieren die Zollandrohung gegen Mexiko. Die Sprecherin des Repräsentantenhauses Nancy Pelosi (D-CA) sagte, die Politik des Präsidenten im Umgang mit seinen Nachbarn schwäche Amerikas *Global Leadership*. Mehrere Republikaner hingegen haben ihre Unterstützung für den Umgang der Administration mit Mexiko demonstriert. Der Mehrheitsführer im Senat Mitch McConnell rief in einer [Stellungnahme](#) die Demokraten dazu auf, zusätzliche Mittel für die Sicherung der südlichen Grenze der USA zu bewilligen. So könnten Zölle zuungunsten der US-Konsumenten vermieden werden. (kw)

USA wollen Wertschöpfungsketten kritischer Mineralien stärken

Das US-Außenministerium (DOS) hat die [Energy Resource Governance Initiative](#) (ERGI) bekannt gegeben. Unter der Initiative soll die Zusammenarbeit mit Ländern intensiviert werden, die ressourcenreich an kritischen Mineralien und seltenen Erden sind. Das dem Außenministerium zugehörige *Bureau of Energy Resources* beabsichtigt, sich auf drei Ziele zu konzentrieren: (1) Dialog über bewährte Verfahren, Finanzierungsmechanismen und Nachhaltigkeit im Bergbau; (2) Aufbau belastbarer und flexibler Wertschöpfungsketten; (3) Deckung der Nachfrage bei sauberen Energietechnologien.

Die Maßnahme wird damit begründet, dass die Nachfrage nach kritischen Mineralien im Energiebereich bis 2050 um 1000 Prozent steige, die derzeitige Wertschöpfungskette aber zu 80 Prozent von einem Land kontrolliert werde. Das Risiko von Lieferausfällen sei somit hoch. Die Ankündigung kommt wenige Tage nachdem das US-Wirtschaftsministerium (DOC) auf die Dringlichkeit [hinwies](#), die inländische Produktion kritischer Mineralien und seltener Erden zu fördern, zum Beispiel durch zinsgünstige Kredite an Bergbaufirmen und ein *Buy American*-Gebot für die Rüstungsindustrie. (cs)

Florida-Gesetz zur Einfuhr von Arzneimitteln

Diese Woche unterzeichnete der Gouverneur des US-Bundesstaats Florida Ron DeSantis (R) ein [Gesetz](#), das ein System für die Einfuhr von Arzneimitteln aus Kanada einrichten würde. Laut einer dem Gesetz beigefügten legislativen Analyse geben die USA zwischen 30 und 190 Prozent mehr für Arzneimittel aus als andere Industrieländer.

petrochemischen Exporte des Iran verantwortlich. Das Finanzministerium warnte davor, dass ausländische Unternehmen ebenfalls bestraft werden könnten, sollten sie weiterhin mit PGPIC oder den Tochtergesellschaften und Handelsvertretern Geschäfte tätigen. (ch)

H1-B Premium Processing wieder aufgenommen

Seit dem 10. Juni [bietet](#) die US-Einwanderungsbehörde USCIS den Premium-Bearbeitungsdienst für H1-B-Arbeitsvisaanträge wieder vollständig an. Nach längerem Aussetzen aufgrund der [Buy American and Hire American](#)-Anordnung gab die Behörde im Mai 2019 [bekannt](#), den Premiumdienst in einer zweistufigen Phase für das Fiskaljahr 2020 wieder einzuführen.

Antragsteller können gegen eine Gebühr von 1410,00 US\$ eine Bearbeitung ihrer Anträge innerhalb von 15 Tagen anfordern. Das H-1B-Programm stellt Facharbeitern jedes Jahr 65.000 Visa zur Verfügung und ausländische Arbeitnehmer mit einem US-amerikanischen Master- oder höherem Abschluss erhalten weitere 20.000 Visa. (vm)

Firmeninformationsreise zur Weltbank

Daher zahlten US-Amerikaner für die gleichen Medikamente bis zu 174% mehr. Befürworter des Gesetzes hoffen, dass die Einfuhr von Arzneimitteln zu niedrigeren Inlandspreisen führen wird. Allerdings warnen die *Pharmaceutical Research and Manufacturers of America* (PhRMA) davor, dass die Einfuhr von gefälschten Arzneimitteln die Gesundheit der US-Patienten gefährden könnte.

Ohne eine besondere Genehmigung des US-Gesundheitsministeriums (HHS) wird das Florida-Gesetz nicht in Kraft treten können. Die Einfuhr von Arzneimitteln in die USA ist illegal. Allerdings darf der US-Gesundheitsminister die Einfuhr von Arzneimitteln aus Kanada erlauben, wenn die Einfuhr kein Gesundheitsrisiko für die US-amerikanische Öffentlichkeit darstellt und die Einfuhr zu niedrigeren inländischen Preisen führt. Bisher hat das HHS keine Zulassung erteilt. Jedoch hat Präsident Trump Interesse an solchen Initiativen gezeigt, da die Senkung der Arzneimittelpreise ein Ziel seiner Administration sei. Bereits letztes Jahr hat US-Gesundheitsminister Alex Azar eine [Arbeitsgruppe](#) gegründet, um zu analysieren, wie Arzneimittel unter eingeschränkten Umständen importiert werden können. (ch)

US-Halbleiter- und Chipindustrie in schwierigem Fahrwasser

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

Leistungsstarke Elektronikkomponenten für den Einsatz in Zukunftsbranchen sind in den USA sehr gefragt. US-Firmen leiden unter den Sanktionen gegen den chinesischen Huawei-Konzern.

Wie verwundbar die US-Chip- und Halbleiterbranche ist, haben Kurseinbrüche unter anderem von Intel und Texas Instruments (TI) im Mai 2019 gezeigt. Zum einen ist es seitdem in den USA per Dekret verboten, Ausrüstungen ausländischer Firmen einzusetzen, die als Bedrohung für die nationale Sicherheit gelten. Zum anderen setzte US-Präsident Donald Trump parallel dazu Huawei auf eine schwarze Liste. Seither unterliegen die Geschäftsbeziehungen des chinesischen Netzwerkausrüsters zu US-Partnern strengen Kontrollen. Sollte China, wie bereits indirekt angedroht, als weltgrößter Förderer Seltener Erden im Gegenzug die Lieferungen solcher Rohstoffe an die USA drosseln oder gar einstellen, würde darunter der gesamte US-Hochtechnologiesektor leiden. Den vollständigen Beitrag finden Sie kostenfrei [hier](#). (gtai)

Das Büro des Delegierten der Deutschen Wirtschaft in Washington (RGIT) bietet vom 2.-4. Dezember 2019 eine Firmeninformationsreise zur Weltbank, zur *Inter-American Development Bank* und zur *Millennium Challenge Corporation* (MCC) an.

Angesprochen sind alle Unternehmen, die Interesse haben, ihre wirtschaftlichen Aktivitäten in Schwellen- und Entwicklungsländern über die Weltbank und andere Institutionen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit auszubauen und bestehende Netzwerke zu erneuern. Das Programm vermittelt deutschen und/oder AHK-Mitglieds-Unternehmen einen Ein- und Überblick, wie sie sich erfolgreich an internationalen Projekten der Entwicklungszusammenarbeit beteiligen können. Weitere Informationen finden Sie [hier](#). Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme! (cs)

Wunderbar together | Germany and the U.S.



Audi



Lufthansa



EVONIK
POWER TO CREATE

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Dr. Christoph Schemioneck

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:
Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2019

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

For German trade and investment visit www.germanbusinessmatters.com

